

Eimsbüttel Info

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION EIMSBÜTTTEL

AUSGABE 2 / AUGUST 2013

**Liebe Eimsbüttlerinnen,
liebe Eimsbüttler,**

Sommer, Sonne und „Musik im Park“. Damit bei diesem Eimsbüttler Event im Grünen auch weiter musiziert werden kann, hat die Bezirksversammlung eine Musikanlage aus Sondermitteln finanziert. So kann der Sommer in Eimsbüttel auch musikalisch genossen werden!

Trotz Sommerpause gibt es aber einiges aus dem Bezirk Eimsbüttel zu berichten: Wie steht es beispielsweise um die Jugendhilfe? Was passiert am Eidelstedter Platz? Und was hat es mit dem Gedenkort auf dem MIN-Campus auf sich? Auch in der Osterstraße tut sich etwas. Über diese und weitere Themen berichtet Eimsbüttel Info.

Viel Lesespaß und eine schöne Sommerzeit wünscht,

Ihr Rüdiger Rust



Osterstraße
Über Modernisierung und
Bürgerbeteiligung, S. 2

Der Jugendhilfe helfen
Ein Erfahrungsbericht, S. 3

Letzte Bezirksversammlung
Heiße Debatten vor der
Sommerpause, S. 4

Kampf um den Linksabbieger
Baumaßnahmen am Eidel-
stedter Platz, S. 5

Inklusion
Mehr Vielfalt an Schulen, S. 6

Gedenk- und Lernort
Forschen, Gedenken und
Lernen, S. 7

Die Entwicklung der Osterstraße

In diesem Jahr feiert die Osterstraße ihr 150-jähriges Jubiläum. Wie passend, dass in den kommenden Monaten endlich mit der Planung für ihre Modernisierung begonnen werden kann. „Läuft alles wie erhofft, kann der Umbau dann 2014 mit dem Abschnitt zwischen Schulweg und Heußweg beginnen. 2015 würde der zweite Bauabschnitt zwischen Heußweg und Methfesselstraße folgen“, freut sich Anne Schum, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Eimsbüttel.

Das lebendige Zentrum Eimsbüttels ist mit seinen zahlreichen Geschäften, Cafés und Restaurants ein beliebter Ort zum Bummeln, zum Kaffeetrinken und für die alltäglichen Erledigungen. Zugleich bildet die Osterstraße aber auch die Hauptverkehrsstraße des Stadtteils. Insbesondere zwischen Heußweg und Methfesselstraße drängen sich parkende Autos bis auf den Gehweg. Radfahrer und Fußgänger teilen sich den Bürgersteig, so dass es hier oft zu Behinderungen und Unfällen kommt.

Um diese Situation zu entspannen ist eine Modernisierung dringend notwendig. Allerdings sind viele Belange zu berücksichtigen! Ob Fahren, Parken, Be- und Entladen, Gehen oder Ausruhen, Bäume, Fahrradbügel, Bänke oder Bushaltestellen - das alles will bedacht und unter einen Hut gebracht werden. Dafür beginnt im zweiten



Halbjahr 2013 ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Zu lange sei über einen Umbau der Osterstraße nur diskutiert worden, so Schum: „Endlich ist die Finanzierung gesichert. Die Planungen wollen wir mit einer breiten Beteiligung konkretisieren und laden dazu alle Anwohner, Gewerbetreibende und Interessierte herzlich ein.“



Anne Schum

Finanziert wird der geplante Umbau zwischen Schulweg und Methfesselstraße aus dem städtischen Etat zur „Radverkehrsinstandsetzung“. Ziel ist der Ausbau der Veloroute B und die Verlagerung des Radwegs auf die Fahrbahn. Die Fahrradfahrer sollen dann am rechten Fahrbahnrand fahren. Das schafft Platz auf den Gehwegen und soll die Osterstraße als Bezirkszentrum wieder attraktiver machen. Dazu Schum: „Der Umbau wird langfristig ein großer Gewinn für die Osterstraße und ihre Bewohner, Unternehmer wie auch Besucher sein.“

Kinder- und Jugendhilfe in Eimsbüttel

Letztes Jahr begann ein schwieriger Prozess für die Jugendhilfe in Hamburg. Der Senat beschloss, die Jugendhilfe umzustrukturieren. Es sollten präventive Angebote gestärkt werden, die außerhalb des familiären Umfelds, in den Schulen und sozialen Zentren angesiedelt sind. Mit diesem Prozess ging aber auch eine zehnpromtente Kürzung der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit einher. Für die Eimsbüttler Einrichtungen bedeutet dies ein Minus von insgesamt etwa 200.000 Euro. Der Senat begründete diesen Schritt vor allem mit der Einführung der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen. Die Ganztagsbetreuung verringere den Bedarf an offener Kinder- und Jugendarbeit am Nachmittag.

Das Vorhaben stieß bei den Jugendhilfeeinrichtungen auf großen Widerstand. Aber auch die Eimsbüttler Politik setzte sich unisono dafür ein, den Systemwechsel mit mehr zeitlichem Vorlauf vorzunehmen und die Kürzungen zumindest zu kompensieren. Gerlind Böwer, Jugendhilfe-Sprecherin der SPD-Fraktion Eimsbüttel meint: „Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Baustein der Jugendhilfe und leistet besonders für Mädchen und Jungen, die sich im Schulalltag schwertun, eine unverzichtbare Unterstützung.“ Eine Umstellung der Jugendhilfe kann nur



mit ausreichend Zeit und finanziellen Mitteln erfolgen.

Die Kritik zeigte jedenfalls an einem Punkt Wirkung: Für die bezirkliche Jugendarbeit wurden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, die die Veränderung begleiten. So wurden für die Zeit der Umstellung von der Bürgerschaft ein Fonds für die Umsteuerung über gut 58.000 Euro bereitgestellt und die Mittel für die sozialräumlichen Hilfen und Angebote aufgestockt. Außerdem erhielten die Bezirke Geld für stadtteilbezogene Projekte im Rahmen des neu aufgelegten Quartiersfonds.

Hans-Dieter Ewe, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ergänzt dazu: „Die Herausforderung war, mit den betroffenen Trägern Konzepte zu entwickeln, die Zugriff auf die etwa 435.000 Euro für sozialräumliche Hilfen in Eimsbüttel ermöglichten, um so die Einsparungen auszugleichen.“ Aus den rund 420.000 Euro, die Eimsbüttel aus dem Quartiersfonds erhielt, konnten zudem 60.000 Euro für die Jugendhilfe verwendet werden. Schwierig

blieb die Situation zunächst für die „Plakatwerkstatt“ in Lokstedt, weil die Kürzungen hier nicht sofort ausgeglichen werden konnten. Aber auch für diesen Engpass wurde kürzlich eine Lösung gefunden und mit einem Zuschuss von 6.000 Euro die weitere Arbeit gesichert.

Insgesamt konnten die Kürzungen in Eimsbüttel nicht nur ausgeglichen werden, sondern es stehen jetzt mit etwa 250.000 Euro sogar zusätzliche Mittel zur Verfügung. So zieht Ewe schließlich das Resümee: „Es bleibt in Eimsbüttel bei dem Grundsatz: Keine Einsparungen bei der sinnvollen Arbeit mit Jugendlichen!“



Gerlind Böwer



Hans-Dieter Ewe

Bezirks- versammlung vor der Sommerpause

Am 20. Juni fand die letzte Bezirksversammlung vor der Sommerpause statt. Nichtsdestotrotz wurde noch heiß debattiert und zahlreiche Anträge wurden auf den Weg gebracht. Zu Beginn der Sommerferien stehen viele Jugendliche vor der Frage „Wie geht es jetzt nach der Schule weiter?“. In Schnelsen und Eidelstedt hilft die „Jobbrücke Schnelsen“ bei diesem Problem. Jugendlichen wird mit der Jobbrücke eine Berufsperspektive geschaffen. Ehrenamtliche Mitarbeiter beraten, coachen und unterstützen dabei. „Mehr Schülerinnen und Schülern soll durch die Jobbrücke der Einstieg in das Berufsleben erleichtert werden. Der erste Schritt dabei ist, das Projekt bekannter zu machen“, meint Sabine Jansen, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Eimsbüttel.



Sabine Jansen

Aus diesem Grund hat sie einen Antrag auf den Weg gebracht, das Projekt in den bezirklichen Ausschüssen vorzustellen. Die Hoffnung ist, dass sich so weitere Kooperationspartner für die Zusammenarbeit finden.



Quelle: Eigenes Werk (Dirtsc)
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:1022_beim_amsinckpark_18.jpg?uselang=de#metadata

Für den Stadtteil Lokstedt dürfte besonders interessant sein, dass die Reservierung der für die Sanierung der Amsinckvilla bereitgestellten Gelder verlängert wurde. Früher nutzte Kaufmann Wilhelm Amsinck die Villa als Sommerresidenz. Seit Jahren steht sie aber leer und die Zukunft ist ungewiss. Nun ist geplant, dort eine KiTa unterzubringen. Dazu ist aber eine Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes notwendig, um deren Finanzierung es bei dem Antrag geht. Insgesamt fehlen ca. 1,2 Mio. Euro für die Sanierung. Die Bürgerschaft hat über 500.000 Euro aus dem „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ zur Verfügung gestellt. „Das ist ein wichtiger Schritt für den Erhalt der Amsinckvilla“, kommentiert Marc Schemmel, Fraktionssprecher im Regionalausschuss Lokstedt. Auch die Bezirkspolitik hat 150.000 Euro in Aussicht gestellt und diese Reservierung bis Ende 2013 verlängert. „Um die restlichen Mittel einzuwerben benötigen wir noch etwas Zeit, wir sehen hier aber vor allem die Finanzbehörde in der Pflicht“.

Angeichts des herrschenden Wohnungsmangels sind Leerstände schlicht unerträglich. Die SPD-Fraktion hat dazu die Initiative ergriffen und will mit einem strengeren Controlling jeder Beschwerde nachgehen. So soll kontrolliert werden, welche Leerstände und welche Ursachen es für diese jeweils gibt, aber auch welche Maßnahmen dagegen getroffen wurden und ob diese Maßnahmen wirksam sind.

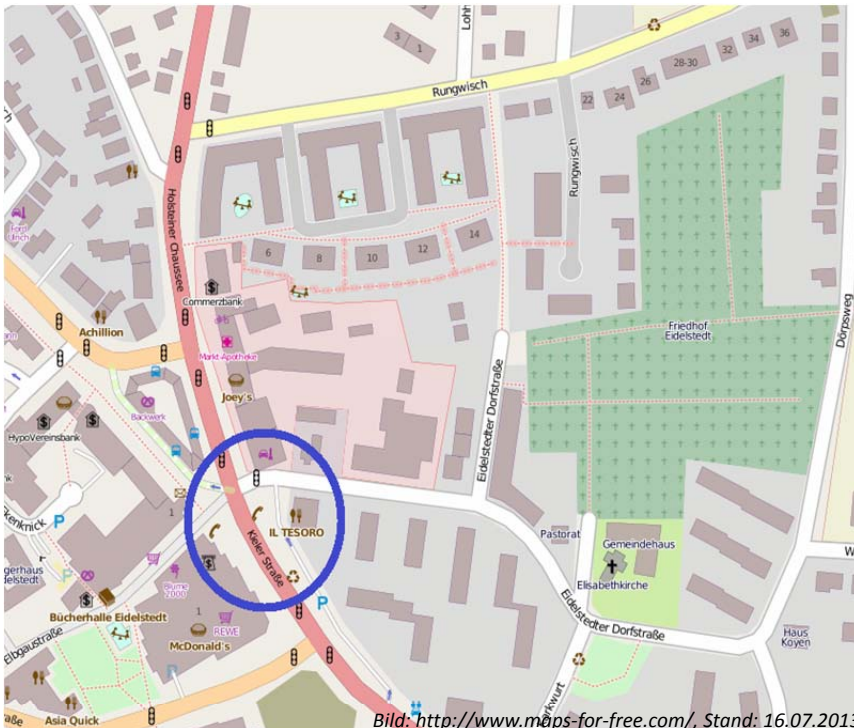
Alle Marktbesucher in Eimsbüttel wird freuen, dass der Antrag zur „Verlegung der Öffnungszeiten auf den Nachmittag“ für den Wochenmarkt Grundstraße nun beschlossen wurde. Der Wochenmarkt findet mittwochs ab Oktober immer von 14:00 bis 18:30 Uhr statt.



Marc Schemmel

Streit um den Wegfall des Linksabbiegers

Busbeschleunigungsprogramm am Eidelstedter Platz mit Konsequenzen



Es liegt auf der Hand, dass die Anwohner dadurch zum Teil unterschiedlich lange Umwege in Kauf nehmen müssen. Menschen in Mehrfamilienhäusern – in einem Fall auch in einem Hochhaus – sind ebenso betroffen wie die Eltern, die ihre Kinder vom Gymnasium abholen wollen. Jedoch sind diese sogenannten Quell- und Zielverkehre überschaubar. Die bisherigen „Durchgangsverkehre“, die nur deshalb die betroffenen Straßen durchfahren, um abzukürzen oder einfach nur schneller zu sein, sind das eigentliche Problem. Der Durchgangsverkehr wird nach dem Verbot des Linksabbiegens wegfallen und so auch die Belästigung der Anwohner. „Eine Bilanzierung der zusätzlichen Umfahrten von Anliegern und der Reduzierung von Schleich- und Durchgangsverkehren wird ganz eindeutig zeigen, dass in den betroffenen Straßen zukünftig weniger Fahrzeuge fahren werden“, sagt Schreiber, „eine aktuelle Verkehrszählung dazu wird in Kürze veröffentlicht werden.“

Schon lange hat die Eimsbüttler CDU das Busbeschleunigungsprogramm des Senats ins Visier genommen. Die Vorwürfe lauten: Kraftfahrer, Anlieger und Geschäftsleute seien nicht informiert und hätten unverhältnismäßige Nachteile in Kauf zu nehmen. „Die Faktenlage stellt sich völlig anders dar, denn die zuständige Behörde hat über Planungen und Auswirkungen sehr detailliert und frühzeitig berichtet“, so Peter Schreiber, der Mitglied des Regionalaussschusses Stellingen ist.

Zahlreiche Sitzungen und Gesprächsrunden fanden statt. Direkt vor Ort im Bürgerhaus Eidelstedt informierte die Verkehrsbehörde über den aktuellen Stand der Planungen und Bauarbeiten. In der Behörde konnten besonders betroffene Anlieger, wie der Schulleiter des Gymnasiums und Vertreter grö-

ßerer Wohnhäuser, gemeinsam mit Staatsrat Andreas Rieckhof die Lage in Eidelstedt besprechen. Kann man das mangelnde Information oder Transparenz nennen?

Worum geht es eigentlich? Am Eidelstedter Platz sollen die Kreuzung Eidelstedter Dorfstraße / Kieler Straße und die Einfahrt zum Busbahnhof umgebaut werden. Um dann den Busbetrieb schneller und sicherer abwickeln zu können, ist es erforderlich, das Linksabbiegen aus der Eidelstedter Dorfstraße in die Kieler Straße zu untersagen.



Peter Schreiber

Impressum:

SPD-Fraktion Eimsbüttel, Helene-Lange-Straße 1, 20144 Hamburg

Redaktion: Gabor Gottlieb, Ann-Katrin Hengevoß (V.i.S.d.P)

Tel. 040/ 42 10 45 00

info@spd-fraktion-eimsbuettel.de

www.spd-fraktion-eimsbuettel.de

Bildnachweis: Annette Luckey, maps-for-free.com, Staatsarchiv Hamburg, Haus für Jugend, Kultur und Stadtteil Stellingen.

Mehr Vielfalt an den Schulen

Inklusion in der Schulpraxis



Spätestens seit der Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Jahr 2006 ist Inklusion ein Thema. Die Bürgerschaft hat daraufhin klargestellt, dass Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf das Recht haben, allgemeine Schulen zu besuchen.

Seit dem Schuljahr 2010/2011 wird an allen Eimsbüttler Schulen schrittweise die Inklusion eingeführt. Dabei unterscheiden sich sowohl die Anmeldezahlen von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf der verschiedenen Schulformen als auch die Voraussetzungen an den einzelnen Schulen stark. Die Grundschule Moorflagen unterrichtet beispielsweise seit 1995 nach dem Integrationsstandard. An anderen Schulen, zum Beispiel an der Stadtteilschule Stellingen, ist ein Konzept für inklusive Bildung erst

entwickelt worden. „Der Austausch von unterschiedlichen Erfahrungen kann für die einzelnen Schulen nur hilfreich sein“, so Dr. Petra Löning, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Eimsbüttel.



Petra Löning

Der bezirkliche Ausschuss für Bildung, Integration und Sport hat sich in drei Sitzungen intensiv mit dem Thema Inklusion befasst. In der letzten Sitzung wurden Schulleiter, Elternvertreter und teilweise Schülervertreter von jeweils zwei Grundschulen, zwei Stadtteilschulen und zwei Gymnasien eingeladen, um über ihre praktischen

Erfahrungen zu berichten. Da Inklusion vorrangig Grundschulen und Stadtteilschulen betrifft, haben diese noch mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen, insbesondere was die Veränderungen bei der Ressourcenzuteilung betrifft. „Unser Ziel ist es mögliche Handlungsbedarfe festzustellen, um diese dann gezielter an den Schulsenator herantragen zu können“, sagt Löning.

Insgesamt bereichert nach Meinung der Schülervertreter Inklusion sowohl das Schulleben als auch die Arbeit der Lehrer. Allerdings würde eine Vernetzung der Schulen und deren Verzahnung mit Jugendhilfe und anderen Einrichtungen hilfreich sein. Auch der Referatsleiter für Inklusion der Schulbehörde schätzt, dass dies zu Synergieeffekten führen würde. Grundpfeiler für die Inklusion sind aber die sozial- und sonderpädagogische Förderung sowie die bedarfsorientierte Einzelbetreuung durch eine zweite Lehrkraft. So kann Inklusion an den Eimsbüttler Schulen ein Erfolg werden.

Die Eimsbüttler Bezirkspolitik will das Thema aber noch weiter fassen. So soll der Begriff Inklusion noch stärker in der Gesellschaft verankert werden. „Das Bewusstsein über eine gewinnbringende Vielfalt in der Gesellschaft muss aber bereits in der Schule entwickelt werden“, schließt Löning.



Foto: Staatsarchiv Hamburg (Conti-Press)

Forschen, Gedenken, Lernen

Ein Erinnerungsort am MIN-Campus

Krieg und Revolution, Militär- und Polizeigeschichte – die 1869 und 1897 an der Bundesstraße errichteten Kasernen sind ein bedeutender Schauplatz deutscher Zeitgeschichte. Heute prägen nicht mehr Soldaten, sondern Studenten das Bild im Viertel. In den 60er und 70er Jahren wurden die Anlagen nach und nach abgerissen, um der Universität Platz zu machen.

Im kommenden Jahr will die Universität Hamburg nun auch auf der Brache an der Ecke Bundesstraße und Sedanstraße, auf der nur noch ein paar Kasernen-Mauerreste geblieben sind, „Zukunft“ bauen. Geplant ist ein zentrales Gebäude mit Bibliothek, Mensa und großen Hörsälen für die Fakultät Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften, genannt MIN-Forum. Daneben entsteht ein weiteres Gebäude für die rund 1.000 Informatikstudenten und 150 Mitarbeiter, die derzeit

in Stellingen untergebracht sind.

Wenn der neue Campus Ende 2018 den Betrieb aufnimmt, wird jedoch nicht nur für die Zukunft geforscht. „Wir wollen am MIN-Forum einen Gedenk- und Lernort schaffen und dafür sorgen, dass die historische Bedeutung des Ortes, die Ereignisse und das Leben der beteiligten Menschen nicht in Vergessenheit geraten“, so der Historiker und SPD-Abgeordnete Frank Wiedemann. Er greift damit eine Anregung engagierter Bürger einer Projektgruppe in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Eimsbüttel auf, die zur Geschichte der Kasernen recherchierten.

Zum Vorschein kamen Bilder von Schießübungen auf dem Kasernenhof und dem Soldaten-Alltag an der Bundesstraße. Dokumente von 1918/19 über revoltierende Arbeiter und Soldaten, die vor die Kasernen zogen und beschossen wurden, von Kriegsgerichten und Bilder vom Nachkriegselend als die

Kasernen 12.000 Flüchtlingen und Ausgebombten als Durchgangslager dienten. Wiedemann: „Wir möchten jedoch nicht einfach Bilder an die Wände hängen und die letzten Kasernenmauern konservieren, sondern einen lebendigen Erinnerungsort für Schulen und vertiefende Forschungsprojekte schaffen.“



Frank
Wiedemann

Das Konzept für den Gedenkort im MIN-Forum, so hat es jetzt die Bezirksversammlung Eimsbüttel beschlossen, soll in Kooperation von Wissenschaftsbehörde, Museen, Geschichtswerkstatt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sowie dem Denkmalschutzamt entwickelt werden.